

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

ersch. wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreifachspalt. 1. u. 2. Seite 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger. Gebühren einhebung auf Postcheck. Alfred Riebel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitag

Meidet Ueberstunden!

Der preußische Handelsminister hat erneut angeordnet, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten die behördliche Genehmigung von Ueberarbeit auf das äußerste einschränken sollen. Die Beamten werden angehalten, bei ihren Betriebsbesichtigungen dahin zu wirken, daß auch von tarifvertraglich zulässigen Ueberstunden insoweit kein Gebrauch gemacht wird, als die jeweiligen Verhältnisse eine Mehrreinstellung von Arbeitern ermöglichen. Die tarifvertraglich zulässigen und unzulässigen Ueberstunden müssen eingeschränkt werden.

Die Erdrörterung der Arbeitszeitverkürzung zum Zweck der Arbeitsmarktentlastung hat weit über den Rahmen der Arbeiterbewegung hinausgegriffen. Welche Kreise haben sich die Forderung des Bundesausschusses des ADGB nach der 40-Stunden-Woche zu eigen gemacht, darunter die preußische Regierung. Angeht es dieser Bewegung ist es doppelt traurig, wenn sich in der heuligen Lage, wo Millionen von Arbeitern arbeitslos sind, immer noch Arbeiter und Arbeiterinnen finden, die Ueberstunden leisten. Der Unternehmer läßt sich mit Vorliebe derartige frei-

willige Mehrarbeit gefallen, spart er doch zunächst mindestens die Kosten der Sozialbeiträge für neu einzustellende Arbeitskräfte. Außerdem bieten solche mit Hilfe von zahlreichen Ueberstunden erreichten Jahresverdienste den erwünschten Anlaß, um damit die Notwendigkeit des Lohnabbaues zu begründen.

Die Einstellung der Unternehmer geht dahin, daß die Arbeitnehmer durch Lohnabbau die Opfer der Krise zu tragen haben und so die Voraussetzungen zu weiterem Preisabbau schaffen sollen.

Kolleginnen und Kollegen!

Zu einer Zeit, da tausende Berufszugehörige Arbeit begehren, gibt es keinen anderen Ausweg als Verkürzung der Arbeitszeit auf der ganzen Linie. Gemeingefährlich und jeden Solidaritätsgefühls har ist das Treiben derer, die trotz der großen Not ihrer Arbeitsrüder und -schwestern immer wieder Ueberstunden schinden. Die Parole muß lauten:

**Weg mit den Ueberstunden!
Her mit kürzerer Arbeitszeit!**

Die Arbeitgeberverbände für Arbeitszeitverlängerung, Lohnsenkung und Pflichtarbeit.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat in einer Sitzung vom 3. November Richtlinien zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise aufgestellt. Wenn man auch keine allzu großen Hoffnungen zu haben brauchte, so konnte man aber doch annehmen, daß sich die Arbeitgeberverbände hinsichtlich der gespartenen Löhne zu einem Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften bereitfinden würden. Die Hoffnungen sind leider vergeblich gewesen. Die Spitzenorganisation der deutschen Arbeitgeberverbände ist in keiner Beziehung von ihrer bisherigen Stellungnahme abgegangen. Versuchen wir die Meinung der Vereinigung kurz zu fixieren:

Die Selbstkostengestaltung der deutschen Wirtschaft, soweit sie durch den Lohn beeinflusst wird, kann nur durch Senkung der Löhne oder durch Verlängerung der Arbeitszeit mit gleichbleibendem Schicht- und Wochenlohn erreicht werden. Eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich lehnt die Vereinigung strikt ab, weil sie in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen einer Lohnsenkung und damit der Erhöhung der Selbstkosten gleichzusetzen sei. Weiter erklären die Arbeitgeberverbände: Eine über den jetzigen Umfang hinausgehende Ausdehnung der Notstandsarbeiten ist ebenfalls kein geeignetes Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, da die bereitstehende Entziehung von Kapital für die produktive private Wirtschaft und damit die Vergrößerung der Arbeitslosigkeit an anderer Stelle bedeuten würde. Die Notstandsarbeiten in ihrem jetzigen beschränkten Umfang ist zu empfehlen, weil diese Arbeiten eine wirksame Unterstützung der zuständigen Stellen bei der Prüfung der Arbeitswilligkeit des Erwerbslosen darstellen. Eine gleiche Entlastung muß durch mögliche Erweiterung der Pflichtarbeit gemäß § 91 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Rahmen der zurzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen erstrebt werden. Die gleichen Gründe, die eine weitere Ausdehnung der Notstandsarbeiten hindernd entgegenstehen, lassen die Durchführung einer allgemeinen Arbeitslosenpflicht zurzeit unmöglich erscheinen. Jede Bewährung öffentlicher Mittel an private Betriebe ist abzulehnen. Soweit öffentliche Mittel an private

Betriebe gegeben werden, ist dies nur in Fällen besonderer Art zu rechtfertigen und müssen der strengsten Kontrolle unterliegen.

Verlängerung der Arbeitszeit oder Verkürzung der Löhne, das sind die Mittel, die die Unternehmer in Deutschland zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise anwenden wollen. Neu ist es vielleicht nur, daß die Unternehmer die Erweiterung der Pflichtarbeit „als erzieherisches Mittel im Interesse und Erhaltung der Arbeitsmoral“ für notwendig erachten. Die allgemeine Arbeitsdienstpflicht wird gegenwärtig abgelehnt, wenn man sich auch grundsätzlich nicht gegen dieselbe erklärt. Wir müssen uns eben damit abfinden, daß die Spitzenorganisation der Arbeitgeberverbände auf ihren alten Forderungen beharrt und nach wie vor eine Verflüchtigung unmöglich erscheint.

Am Abend des gleichen Tages, als die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu den Forderungen der Gewerkschaften Stellung nahm, sprach der Kollege Wilhelm Eggert vom Bundesvorstand des ADGB im Rundfunk, wobei er in eindringlicher Weise die Wege zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise und zur Milderung der Arbeitslosigkeit aufzeigte. Die Hörer des Deutschlandsenders hatten somit Gelegenheit, die starren und unbeweglichen Forderungen der Arbeitgeberverbände und die Vorschläge der Gewerkschaften miteinander zu vergleichen. In recht eindringlicher Weise hat Eggert den gegenwärtigen Wirtschaftszustand in Deutschland folgendermaßen festgehalten:

1. Einen Produktionsapparat, der nach den Feststellungen des Enqueteausschusses nur zu 75 bis 80 Proz. selbst in den besten Konjunkturen ausgenutzt werden konnte.
 2. Die Produktion steigt schneller als der Bevölkerungszuwachs und als der Verbrauch überhaupt.
 3. Die Steigerung des Einkommens der Arbeitnehmer ist weit hinter der Steigerung der Produktivität zurückgeblieben.
 4. Die Wirtschaft kann bei der jetzigen Regelung der Arbeitszeit den Zustrom vom Arbeitsmarkt nicht aufnehmen.
 5. Drei Millionen Erwerbslose begehren Arbeit.
- Im weiteren legt sich Kollege Eggert mit der Wirtschafts- und Lohnpolitik der

Unternehmer und der gegenwärtigen Reichsregierung auseinander, wobei er besonders den Arbeitslohn als Kostenelement der Wirtschaft einer näheren Betrachtung unterzog. Dabei würde, so erklärt Eggert, vollkommen übersehen, daß Löhne und Gehälter eine völlig andere Funktion in der modernen Wirtschaft haben als etwa Rohstoffpreise und Kapitalzinsen. Diese erscheinen für das Unternehmen als eine Belastung. Löhne und Gehälter sollen aber nicht nur die Arbeitskraft erhalten, sondern haben in der modernen Wirtschaft die unerläßliche Funktion, den Verbrauch zu regeln und — das ist der Sinn allen technischen und wirtschaftlichen Fortschritts — den Verbrauch zu steigern. Auf die jetzige Krise angewendet kann der Unterschied etwa so ausgedrückt werden: Senkung der Rohstoffpreise und des Kapitalzinses bedeutet Antrieb zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise, Senkung der Löhne und Gehälter hingegen bedeutet das Einschalten eines Semmelmessers ihrer Ueberwindung. Der Ausfall des Arbeitnehmereinkommens für das erste Halbjahr 1930 wird vom Institut für Konjunkturforschung auf 1850 Millionen Mark geschätzt. Für das laufende Jahr wird man auf mindestens 4 Milliarden Mark kommen. Das sind nahezu 10 Proz. des gesamten Einkommens aller Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die Folge hiervon ist, daß mit einem solchen Einkommensrückgang ein weiterer Umsatzrückgang verbunden wäre, der sich überaus unheilvoll auswirken und den Ablauf der Wirtschaftskrise erschweren würde.

Eine wirkliche Befundung der Wirtschaft kann nach Meinung des Kollegen Eggert und nach Ansicht der Gewerkschaften nur eintreten, wenn die Senkung des allgemeinen Preisstandes durchgeführt wird. Zu diesem Zwecke müßte die Regierung, falls sich die Kartelle weigern, das Erforderliche tun, mit entschlossener Hand in die Kartellpolitik eingreifen und die Preisbildungen aufheben. Wenn 3 Millionen Arbeitslose Arbeit begehren, so gibt es im Augenblick keinen anderen Weg als die Verkürzung der Arbeitszeit. Darum sollte die 40stündige Arbeitswoche für die Dauer der Krise gesetzlich durchgeführt werden. Nach Schätzungen des ADGB, könnte die Arbeitslosenlinderung durch Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung der Ueberstunden, Erhöhung des Personal der Reichsbahn und der Reichspost usw. um 850 000 vermindert werden. Die Arbeitszeitverkürzung kann nicht ohne Lohnausgleich geschehen, deshalb müssen die Gewinnreserven der Industrie zum Lohnausgleich herangezogen werden.

Wir haben vorstehend die Forderungen der Unternehmer und die Ansicht der Gewerkschaften gegenübergestellt. Die Dessenlichkeit hat die Möglichkeit, zwischen den beiden aufgezeigten Wegen zu entscheiden. Für die Arbeiterschaft kann es nicht zweifelhaft sein, welcher Weg beschritten werden muß. Sie hat durch die Veröffentlichung der Richtlinien der Unternehmerverbände wiederum den Beweis erhalten, daß diese herrschenden nach wie vor auf ihrem Standpunkt, Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen oder Verkürzung der Löhne bei gleichbleibender Arbeitszeit, beharren. Ein Kompromiß erscheint nicht möglich. Deshalb muß nach wie vor darauf Gewicht gelegt werden, daß die Kampfkraft der Arbeiterschaft ungeschwächt bleibt. Eine Gefühlsduselei ist nicht am Platze, sondern es muß im Kampfe um Lohn und Brot mit den schärfsten Mitteln gearbeitet werden.

Jedem Kollegen und jeder Kollegin sollte eins klar sein: sind die Gewerkschaften in den kommenden Kämpfen die Unterlegenen, dann wird dies eine Schlappe auf Jahre und Jahrzehnte bedeuten!

Der Kofferbetrieb im Gefängnis Kottbus geschlossen.

Wir haben unsere Kollegen über den Stand der Strafanstaltsarbeit laufend unterrichtet, und es dürfte hinreichend bekannt sein, daß der Zentralvorstand alle möglichen Wege beschritten hat, um dieses Uebel zu beseitigen. Besonders nachteilig war die Wirkung der Arbeit im Gefängnis Kottbus, in dem die Firma Hausfleiß G. m. b. H. einen Kofferbetrieb eingerichtet hatte, und im Jugendhaus Ludau, wo die Firma Böhmer Feinlederwaren herstellte. Wir können heute mitteilen, daß die Firma Hausfleiß den Betrieb geschlossen hat.

Bereits in einem Schreiben vom 23. Juli gaben wir den Fabrikanten Kenntnis, daß Hausfleiß in Schwierigkeiten geraten sei und der bekannte günstige Wind lat noch ein weiteres, indem wir erzuhrten, daß der Betrieb weitergeführt werden solle, aber durch eine andere Firma, an der eine Lederfabrik beteiligt sei. Sofortige Anfrage und Protest bei dem Strafvollzugsamt in Berlin ergab folgende Antwort:

„Der Betrieb der Firma Hausfleiß G. m. b. H. im Zentralgefängnis Kottbus ist bisher nicht auf eine andere Firma übergegangen. Ich vermag deshalb nichts zu veranlassen.“

Daß der Versuch mit einer anderen Firma unternommen wurde, wurde nicht bestritten. Wenn Kottbus jetzt geschlossen ist, können wir für uns in Anspruch nehmen, im Interesse unserer Kollegen führend beteiligt gewesen zu sein.

Inzwischen ist der Versuch gemacht worden, in einem anderen Bezirk Strafanstaltsarbeit einzurichten. Im Gefängnis Halle hat die Fa. „USA“, Kom.-Ges. diese Aufgabe unternommen und fabriziert bereits. Es ist selbstverständlich, daß wir auch hier Gegenmaßnahmen getroffen haben. In einer Verhandlung mit dem Strafvollzugsamt ist bereits mit aller Deutlichkeit protestiert worden. Ebenso gegen die Herstellung von Ledermanschetten im Gefängnis Bismarck. Wir werden in den nächsten Nummern unserer Zeitung noch eingehend Bericht geben.

Zur Lage der Berliner Tapeziererbranche.

Am 30. Oktober hielt die Gesamtbranche der Berliner Tapezierer ihre Brandensversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Die Jahresversammlung der Branche im Januar mußte durch das unwürdige Auftreten einiger Kollegen der sogenannten Opposition vorzeitig, ehe überhaupt richtig in die Tagesordnung eingetreten wurde, geschlossen werden. In einer Generalversammlung legten dieselben „Oppositionellen“ ihr Treiben fort und sorgten auch hier für frühzeitigen Versammlungsschluß. Das Ziel war klar. Die Arbeit in der Organisation sollte lahmgelegt werden. Ihre Handlungsweise begründeten diese oppositionellen Kollegen mit dem Ausschluß einiger ihrer Freunde aus der Organisation. Während alle anderen Haupt- bzw. Unterbranchen nach wie vor in mühseliger Weise ihre Geschäfte in Branchensammlungen abwickeln konnten, mußte die Tapeziererbranche ihre Tätigkeit und Arbeit in Funktionärskonferenzen erledigen. Das dieser Zustand nicht von Dauer sein durfte und konnte, darüber bestand bei den verantwortlichen Kollegen gar kein Zweifel. Die Branchenleitung erledigte ihre Aufgaben in der gewohnten Weise und zur Zufriedenheit der Kolleginnen und Kollegen. Die Wirtschaftskrise durchschüttelt in gleich starkem Maße wie in anderen Branchen und berufen auch die Produktionsstätten der in Berlin beschäftigten Kolleginnen und Kollegen der Tapeziererbranche. Die Unternehmer waren und sind weiter bemüht, die Löhne zu reduzieren und die Arbeit zu drücken. In den Fällen, wo die Branchenleitung unterrichtet wurde, war es möglich, den Abbau zu verhindern. Leider sind auch Fälle zu verzeichnen, wo die Kollegen mit dem Unternehmer verhandelten, ohne der Branchenleitung Mitteilung zu machen. Sind auch diese Fälle vereinzelt, so muß doch allen Ernstes darauf hingewiesen werden, daß diese Uebung für die Zukunft unterbleiben muß. Für die Matrasenfabrikation ist eine neue Situation durch Auffstellung von Füllmaschinen, zum Teil auch von Garnier- und Heftmaschinen entstanden. Die Branchenleitung verfolgte die Entwicklung auf das Genaueste. Nachdem Beschäftigungen der Betriebe mit Maschinen stattgefunden hatten, traten die Lohnkommissionen der Arbeitgeber und der Branche zusammen, um über ein Lohnabkommen der Beschäftigten an Maschinen abzusprechen. In dieser Zeit, wo die Branchenleitung sich bemühte, alle Interessen der Berufsangehörigen zu wahren und dauernd Kämpfe mit den Arbeitgebern ausfocht, bestand die Tätigkeit der sogenannten Oppositionellen darin, alles zu discreditorien und die Branchenleitung mit Verleumdungen zu überschütten. Es verging kaum ein Tag, wo diese sogenannten Opposition nicht mit neuen Schmutzfärbeln über die tätigen Kollegen herfiel. Dessenungeachtet oder gerade deswegen wurde zur Klärstellung die Branchener-

sammlung einberufen. Die Branchenleitung, die so heftig beschwerte, stellte sich zur Neuwahl. Jetzt kamen dieselben armen Schächer, die nicht oft genug davon sprechen konnten, „daß diese Branchenleitung kein Recht hat zu amtierem“, um die Neuwahl zu verhindern. Ein Antrag aus dunkler Quelle wurde vorgelegt. Ein Präsidium von drei Kollegen soll die Geschäfte übernehmen. Ein Kollege begründete dieses Verbot von Antrag. Die Begründung hat man diesem Kollegen vorher aufgeschrieben, so daß sie nur vorgelesen werden brauchte. Aber es kam anders. Die Verammlung beschloß der Tagesordnung gemäß Neuwahl der Branchenleitung. Die alte Branchenleitung wurde en bloc wiedergewählt. Die Zerlegungsarbeit von neun Monaten war fruchtlos, der Traum der Opposition, eine Filiale der KPD. aufzumachen, zerbrach. Die Verammlung nahm nach eingehender Diskussion das für die Matrasenmaschinenarbeiter getätigte Abkommen mit den Arbeitgebern an. Das Abkommen besagt, daß allen weiblichen Arbeitskräften, die Postlerarbeit verrichten, der gleiche Lohn zu zahlen ist wie den männlichen Facharbeitern. Allen weiblichen Arbeitskräften, die an der Füllmaschine beschäftigt sind, ist ein Mindeststundenlohn von 75 Pf. zu zahlen, den an der Heft- und Garniermaschine Beschäftigten ist ein Stundenlohn von 80 Pf. zu zahlen. Für die männlichen Arbeiter beträgt der Lohn an der Füllmaschine 90 Pf., an der Heft- und Garniermaschine 1 Mt. pro Stunde. Alle Löhne sind Mindestlöhne. Dieses Abkommen wird dem Reichsarbeitsministerium zur Allgemeinverbindlicherklärung eingereicht. Uberschaubar man objektiv die Tätigkeit der Branchenleitung und Geschäftsleitung, so erkennt jeder Kollege und jede Kollegin, daß in jeder Beziehung die Pflicht erfüllt worden ist. Alle verantwortlichen Kollegen werden weiter das Selbstverständliche tun und die Interessen der Berufsangehörigen wahrnehmen. Die Berliner Kollegenschaft erkennt den Wert der sachlichen Arbeit und ist sich bewußt, daß den Zerstörern der sogenannten „KPD.“ in jeder Weise Einhalt zu gebieten ist. Auf der letzten Tagung der kommunistischen Gewerkschaftsinternationale wurde die gewerkschaftsfeindliche Linie der KPD. erneut erhärtet. Die Parole der sogenannten revolutionären Gewerkschaftsopposition „Hinein in die reformistischen Gewerkschaften“ wurde getrieben. Es wird den Kommunisten unterstellt, für die freigewerkschaftlichen Verbände Mitglieder zu werben. Sie sollen für die eigenen kommunistischen Gewerkschaftsgebilde Propaganda treiben. Die KPD. ist dazu übergegangen, eigene sogenannte Kampforganisationen zu schaffen. Nach dem abgegangenen Kellner Metzler sind die Leiter der KPD.-Gewerkschaftsabteilung Hedert und Dablen beauftragt, für die Schaffung kommunistischer Gewerkschaften die organisatorischen Vorbereitungen zu treffen. Hedert umschreibt die Aufgaben der KPD. in der kommunistischen Presse wie folgt: „Angelehnt an die ungewerkschaftlichen Aufgaben, die vor der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Deutschland stehen, hat der KPD.-Kongress beschlossen, daß die revolutionären Gewerkschaften in Deutschland Kurs nehmen müssen auf die Schaffung von oben bis unten selbständiger Organe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung.“ In einer Streikversammlung der Berliner Metallarbeiter kommunistischer Couleur im Zirkus Buzik wies Dahlem darauf hin, daß es nur von der Zeit abhängt, wenn der rote Metallarbeiterverband ins Leben gerufen wird. In dem oben erwähnten Antrag der KPD. an die Branchensammlung der Tapezierer heißt es in der Unterschrift: „KPD. der Sattler, Tapezierer und Portefeulier Berlins, Branche der Tapezierer“. Rote Mitgliederlisten der KPD. sind im Umlauf, für einwöchigen 20 Pf. Beitrag pro Woche wird alles mögliche verprochen. Deutlicher kann es niemandem gemacht werden, wohin der Kurs der KPD. führt. Die Zerlegung der freien Gewerkschaften durch Zellenarbeit ist daneben gelungen. Die Abkehr aller besonnenen Arbeiter von den Zerstörern greift immer mehr um sich, nun geht der Kurs zum eigenen Schaden. Wer bisher noch zweifelte, daß der Ausschluß der acht Kollegen aus unserem Verband richtig war, ist durch die Entwicklung überzeugt, daß der Ausschluß im Interesse der Organisation notwendig gewesen ist. Die, die von der Einheitsfront schwafelten, wollten die Spaltung vorbereiten. Wir haben keine Veranlassung, durch Duldung von Zerlegungsarbeit Selbstmord zu begehen. Die Mitgliedschaft in der KPD. vereinbart sich nicht mit der Mitgliedschaft in unserer Organisation. Ein jeder Kollege, eine jede Kollegin ist uns herzlich willkommen als Kämpfer und Mitstreiter in unseren Reihen. Wir sind bestrebt, organisatorische Arbeit im Interesse der Gesamtcollegenchaft zu leisten. Als Arbeiter wollen wir in einer Front der geschlossenen Linie der Unternehmer entgegenzutreten zur Wahrung und Erhaltung der Rechte des Arbeiters. Durch nichts getrieben gehen wir Berliner Tapezierer unseren Weg. Nur wenn Mitglieder und Branchenleitung einander Vertrauen entgegenbringen wird es uns möglich sein, allen Gefahren zu trotzen.

Zum Thema Faschismus.

Die Verbandszeitung vom 31. Oktober enthält einen Artikel, der zum Thema „Nationalsozialismus“ Stellung nimmt. In diesem Artikel wird in einigen Beispielen der Widerspruch der deutschen faschistischen Bewegung gezeigt, der aus Agitation und praktischer Politik zu erkennen ist. In dem Artikel wird betont, daß von der gewaltsamen Ausschüttung des Young-Joches nicht mehr wie vor der Wahl die Rede sei; daß die Nationalsozialisten mit ihrer Deklaration „wahrer Sozialismus sei kein Feind des Besitzes“, sich schützend vor das Kapital stellen. Es wird angeführt, daß der Clou des Finanzprogramms, die „Brechung der Zinsnechtlichkeit“, die der Abschaffung verzinslicher Staatspapiere und Einführung unverzinslicher, die gleich Geld in Umlauf gesetzt, zur Inflation führen müssen. Und zum Schluß wird die Erwartung ausgesprochen, daß das deutsche Volk nicht erst Lehrgeld für die Taten der falschen Propheten des Dritten Reiches zahlen möge, die innere Verlogenheit der Nationalsozialisten werde nicht lange verborgen bleiben.

Es wäre eine verhängnisvolle Einstellung der Klassenbewußt eingestellten Arbeiterschaft, wenn sie darauf warten wollte, bis der Nationalsozialismus an seinen inneren Widersprüchen zugrunde gehe. Der Nationalsozialismus ist die Prätorianergerade der gesamten Reaktion gegen die moderne sozialistisch orientierte Arbeiterschaft. Und nur zäher, aggressiver, nicht erlahmender Kampf, der aus der Verteidigung zum Angriff geführt werden muß, ermöglicht es dem Klassenbewußten Proletariat, in diesem Kampfe Sieger zu bleiben. Nicht die Entwicklung der Geschichte wird dem Proletariat helfen, sondern die Klassenbewußte Arbeiterschaft muß selbst Geschäfte machen. Der Erfolg ist immer nur bei den mutigeren Bataillonen. Damit muß nicht der Ruf ausgestoßen werden „Auf die Barrikaden!“ und „Ran an die Gemehre!“, sondern „Auf die Posten!“

Der hemmungslosen Demagogie der Faschisten muß eine Parole geboten werden. Gegen die Schlammflut der Verleumdung gilt es, das hehre Ziel der um seine Befreiung kämpfenden Arbeiterklasse aufzurichten. Die Demagogie der Nazis gilt es, in der Agitation zu entlarven. Die Peripherie der sozialistischen Bewegung ist zu erweitern, Wankelmütige und Schwache zu stärken und festigen, die eigenen Reihen zu einer eifrigeren Phalanx zusammenzureihen.

Das Schlimmste, was der Arbeiterschaft passieren kann, ist, den Gegner unterschätzen. Auch in Deutschland ist die Zeit vorbei, wo man den Faschismus bagatelisieren kann. Der Faschismus in Deutschland ist eine ernste Gefahr. Durch parlamentarische Niederlagen kann man ihn nicht zerlegen. Denn die Stärke der Nationalsozialistischen Partei liegt in ihrem außerparlamentarischen Leben. Die nationalsozialistische Bewegung ist antiparlamentarisch, im Ernstfall von der Reaktion auszuheben, die effiziente Kohorte der Konterrevolution zu sein.

Grundfalsch wäre es auch, die Forderungen der Nationalsozialisten nur als Phrasen und Demagogie aufzufassen. Für einen sozialistisch geschulten Arbeiter sind sie es, nicht aber für den Kleinbürger, der vom Handel oder Gewerbe lebt. Für diese Mittelschichten haben die nationalsozialistischen Forderungen realen Inhalt. Ihnen deutet die „Brechung der Zinsnechtlichkeit“ eine befriedende Lot, denn sie rechnen, daß die 12 bis 15 Proz. Bankzinsen, die sie für geliehenes Kapital den Banken in den Rücken schmeißen, ihr geschäftlicher Ruin ist. Und die „Befreiung der Young-Sklaverei“ ist für sie gerade die Schlachtruf: „Los von den unerträglichen Steuern!“ Aus diesen Mittelschichten rührt eine nicht geringe Gefolgschaft der Nationalsozialisten; denn sie erhoffen von den Faschisten die Rettung ihrer bürgerlichen Existenz; während Steuern, Finanz- und Konzentral Kleinhandel und Handwerk langsam, aber sicher aufreissen. Gemiß ist die Einstellung dieser Leute falsch, aber sie ist es de facto, und da es bei dem Kleinbürgertum um die Existenz geht, sind sie zu allem entschlossen, sind pulschlich eingestellt und stellen einen großen Teil nationalsozialistischer Sturmtruppe.

Wenn und Theorien kann man nicht nur geistig bekämpfen. Sie haben ihre realen Auswirkungen. Der Nationalismus ist, wer könnte es leugnen, eine Macht und zugleich für die Arbeiter und ihre Organisationen eine Gefahr. Sie zu unterschätzen, hieß sein Schicksal an Treibern fetten. Die Parole gegen den Faschismus heißt darum nicht „Abwärtsschlagen lassen“, sondern Kampf dem Faschismus mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, an jedem Ort, zu jeder Stunde, bis zu seiner Bezwingung. Alles für das Klassenbewußte Proletariat, seine Organisationen und seine Zukunft.

B. S., Chemnitz.

Die Auswanderung im 1. Halbjahr 1930.

Im Juli 1930 sind 2277 Deutsche über deutsche und fremde Häfen mit überseeischen Reisezetteln ausgewandert. Die Auswanderung blieb demnach unter den einschränkenden Bestimmungen der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber dem Vorjahrsmonat um mehr als den vierten Teil zurück, in den ersten sieben Monaten des Jahres 1930 (rund 22 700) um die Hälfte hinter der gleichen Zeit des Vorjahres. Im ersten Halbjahr 1930 sind 20417 Deutsche nach Übersee ausgewandert gegen 30 884 im ersten Halbjahr 1929. Davon waren 2879 ohne Beruf oder genaue Berufsbezeichnung; etwa die Hälfte dieser Personen waren mitreisende Familienangehörige. Für 17 243 Personen liegen genaue Berufsangaben vor; von diesen waren 14 335 hauptberuflich Erwerbstätige und 2908 mitreisende Familienangehörige.

Von den Erwerbstätigen stammen 4856 aus der Industrie (65 Arbeiter mit 11 Angehörigen aus der Lederindustrie, 4113 aus der Landwirtschaft, 2405 gehörten zur Berufsabteilung häusliche Dienste und Erwerbstätigkeit ohne feste Stellung. Die Auswanderung aus der Industrie hat sich gegenüber dem ersten Halbjahr 1929 der Kopfzahl nach um fast die Hälfte verringert. Bei der Berufsabteilung häusliche Dienste und Erwerbstätigkeit ohne feste Stellung im Beruf ist der Rückgang verhältnismäßig noch größer. Dagegen hat die landwirtschaftliche Auswanderung ungefähr die Vorjahrsauswanderung erreicht und bei dem allgemeinen Rückgang ihren verhältnismäßigen Anteil an der Gesamtzahl der ausgewanderten Erwerbstätigen von 19,1 auf 28,7 Proz. erhöht.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Im Dienste der Gewerkschaft.

Die Herbstwerbung in Oberschlesien.

Nach in diesem Jahre erging der Ruf des Hauptvorstandes an alle Verwaltungsstellen, an alle Verbandsfunktionäre, an alle Verbandsmitglieder zur Herbstwerbung.

Und kaum war sie auch notwendiger wie je zuvor. Die wirtschaftlichen Notzustände, die sich in erster Linie auf den Schultern der arbeitenden Bevölkerung gar zu hart auswirkten, dazu die politischen Kämpfe der letzten Wochen und Monate um die Verteilung der Güter, mußte eigentlich schon von selbst den einzelnen von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses überzeugen. Da dem aber in den meisten Fällen nicht immer so ist, hat die Gewerkschaft als solche die Pflicht, sich immer und immer wieder an den Indifferenten zu wenden und den Versuch nicht aufzugeben, den heute noch Abseitsstehenden für unsere Sache zu gewinnen.

Aber die Herbstwerbung hat lediglich auch noch einen anderen Zweck. Mit der Ausfüllung des Aufnahmeheftes allein ist keinem gedient. Weder dem Verband als solchen, noch dem neuen Mitglied. Der Eintritt des Rekruten in die Gewerkschaft soll und muß der Anfang einer neuen Einstellung zur heutigen Gesellschaftsordnung sein. Doch mit anderen Worten: die Gewerkschaft hat die Aufgabe, ihren neuen Mitgliedern ein neues Weltbild zu eröffnen, das heutige Wirtschaftsleben von ganz bestimmten Gesichtspunkten aus betrachten zu lassen, sie zu neuem Denken und Anschauen der Berufs- und Wirtschaftsverhältnisse zu erziehen. Und gelingt dieses, so kann der Erfolg nicht ausbleiben.

So fiel mir in diesem Jahr die Aufgabe zu, Oberschlesien agitatorisch zu bearbeiten. Ein Auftrag, der nicht von selbst die Erfolge winkt. Diese sind vielmehr abhängig von den Vorarbeiten, die von dem Funktionärstab der einzelnen Verwaltungsstellen zu leisten waren. Diese Aufgabe ist meiner Überzeugung nach mit vollster Hingabe gelöst worden. Nur dem, der selbst Einblick nehmen kann in die Ortsverwaltungen Oppeln, Gleiwitz oder Beuthen im äußersten Winkel unseres Vaterlandes, wird zugehen müssen daß sie einen besonders harten Kampf zu führen haben. Nicht nur, daß sie, mit Ausnahme von Beuthen, darunter zu leiden haben, daß es verhältnismäßig junge Verwaltungsstellen sind, die noch keine Tradition besitzen, nicht nur, daß der Kampf gegen die Indifferenten gerade hier mit besonderer Schärfe und Ausdauer geführt werden muß, da die Unständigkeit der Wirtschaft in besonders hartem Ausmaß jeden organisatorischen Fortschritt zunichte macht, es treten auch zu all diesen ungünstigen Erscheinungen noch die materiellen Sorgen der einzelnen Verwaltungen, die jedes Unternehmen, jeden Willen zur Großzügigkeit und damit die Ausschichten auf bleibende Erfolge nicht besonders fördern. Wenn unter Berücksichtigung dieser Dinge die Arbeit der ober-schlesischen Verwaltungsstellen gewürdigt wird, so ist anzuerkennen, daß auch unsere ober-schlesischen Berufscollegen drauf und dran sind, die gleichen Ziele zu erstreben, die sich auch die anderen Kollegen im Reich, so die gesamte Arbeiterschaft gestellt hat. Für uns aber, die wir zweifels-

ohne einige Schritte voraus sind, erwächst die besondere Pflicht und Schuldigkeit, sie in ihrem Kampfe um eine bessere Welt im allergrößten Ausmaß ideell und materiell zu unterstützen und — zu fördern.

B. Friedrich.

Reutlingen. Zu der am 1. November im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Mitgliederversammlung hatte sich auch der Bezirksrat, Kollege W. König, Stuttgart, eingeschunden. Eine lebhafteste Aussprache entging sich über die Betriebsverhältnisse bei der Firma J. Schlegel. Es sollen die nötigen Schritte eingeleitet werden, um den vorhandenen Missetänden abzuhelfen. Kollege König gab im Verlauf der Debatte wertvolle und interessante Aufklärungen, besonders über Afford- und Zeilohnteilungen, und sprach ihm unter Vorsitzender, Kollege F. Buch, den Dank der Versammlung aus.

R. Wochel.

Das Bauhüttenparlament.

Der Siebente Deutsche Bauhüttenrat, der am 27. und 28. Oktober 1930 im großen Plenarsaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates in Berlin tagte, gab in drei groß angelegten Vorträgen der Genossen Rudolf Wiffel, Otto Röde und Albert Lück ein Bild von der erfolgreichen Arbeit der deutschen Bauhütten für die Allgemeinheit des deutschen Volkes. Nach einer die Bedeutung der Tagung würdigenden Begrüßungsansprache des Reichstagsabgeordneten und Vorsitzenden des Ausschusses des Verbandes sozialer Baubetriebe, Genossen Nikolaus Bernhgrd, sprach Genosse Wiffel über die notwendige Zusammenarbeit der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen der Gewerkschaften und der Konsum- und Baugenossenschaften. Unter der Anführung der segensreichen Arbeit der Konsumgenossenschaften mit ihrem ständig wachsenden Umsatz und ihren vorbildlichen Eigenbetrieben, der sich kräftig zugunsten der arbeitenden Volksgenossen auswirkenden Geldwirtschaft der Arbeiterbank und der Volksfürsorge hob Genosse Wiffel die Selbsthilfebestrebungen der Gewerkschaften zur Heberführung der Bauwirtschaft in die Gemeinwirtschaft hervor, um an die Stelle des privaten Profitstrebens die Hingabe jedes Einzelnen an die Allgemeinheit zu setzen. Auf diesem Wege werde es den Gewerkschaften auch gelingen, für die kommende Wirtschaftsordnung die notwendigen Wirtschaftsführer heranzubilden. Zur Erreichung dieser kommenden Wirtschaftsordnung sei die Zusammenarbeit aller gemeinwirtschaftlichen Organisationen eine unerläßliche Vorbedingung.

„Haben Sie schon einmal erlebt“, so führte Wiffel am Schlusse seines Vortrages aus, „daß ein Vertreter der individuellen, der kapitalistischen Wirtschaft, Aufträge einer sozialen Bauhütte oder sonst einem gemeinwirtschaftlichen Unternehmen hat zukommen lassen? Er hat es selbst dann nicht getan, wenn die Preise sich billiger stellen. Aber haben wir nicht schon das Gegenteil erlebt? Sollten nicht manche Lehren aus dieser Tatsache gezogen werden müssen? Lehren aber auch noch aus anderen Gebieten! Ich glaube, es wird niemand bestreiten, daß die Gemeinwirtschaft auf eine geschlossene einigte Front der ihr im Wege entgegengetreten kapitalistischen Wirtschaft stützt. Wo aber finden wir die gleiche einmütige Geschlossenheit auf der Seite der Gemeinwirtschaft? Fehlt es bei uns am Zusammengehörigkeitsgefühl, an der Erkenntnis der Notwendigkeit des gegenseitigen Förderns und Unterstützens? Sind die Schölen kapitalistischen Denkens noch nicht restlos von uns abgefallen? Reife nicht einmal wirklichen kapitalistischen Denkens? Bildet ein Vertreter kapitalistischer Wirtschaft lediglich auf den Preis oder Reicht er nicht auch auf die Güte der Ware?“

Dann sprach Genosse Otto Röde über die technische Entwicklung der sozialen Baubetriebe und die erfolgreichen Bemühungen des Verbandes sozialer Baubetriebe, durch Einführung einer wirtschaftlichen Betriebsführung das Bauen zu verbilligen, den Konsum zu heben und für die baugewerbliche Arbeiterschaft bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die hohe Bedeutung der wirtschaftlichen Betriebsführung zur Erreichung dieses Zweckes zeigte ein Film des Vortragenden.

Genosse Albert Lück, Geschäftsführer des Verbandes sozialer Baubetriebe, gab an Stelle des erkrankten Geschäftsführers, Genossen August Ellinger, den Geschäftsbereich des Verbandes sozialer Baubetriebe. Rund 130 Betriebe mit vielen Baunebenbetrieben und Baustoffbetrieben haben bis Ende 1929 über 70 000 Kleinwohnungen erbaut. Beschäftigt waren in diesen Betrieben im Jahre 1929 zur Zeit der besten Bautätigkeit rund 29 000 Arbeiter und Angestellte. Der gegen das Jahr 1928 um 14 Proz. gestiegene Umsatz betrug 1929 rund 188 Millionen Mark. Die für

1929 bilanzmäßig ausgewiesenen Ueberschüsse in Höhe von 1 700 000 Mk. sind um 329 000 Mk. höher als 1928.

Nach einer eingehenden Aussprache über diese drei Vorträge, die sämtlich reichen Beifall fanden, nahm der Bauhüttenrat zur Behebung der Wirtschaftskrise die folgende Entscheidung an:

Der Siebente Deutsche Bauhüttenrat sieht in der heutigen, große Teile des deutschen Volkes in unerträgliche Not und in fieberhafte Erregung verlebende Massenarbeitslosigkeit eine Gefahr für Volk, Wirtschaft und Staat.

Der Bauhüttenrat hält deshalb die Beschaffung produktiver Arbeit für die wichtigste Aufgabe der öffentlichen Körperschaften in der nächsten Zeit.

Bei Durchführung des Programms der Reichsregierung zur Neuregelung der Wohnungswirtschaft würde der Wohnungsbau um mehr als die Hälfte gedrosselt und die Massenarbeitslosigkeit weiter vergrößert.

Durch eine normale Beschäftigung des Baugewerbes würde auch den Bauhilfsindustrien, sowie den Bauneben- und Bauausstattungsindustrien und der Urproduktion von Holz, Kohle und Eisen, Arbeit zugeführt; die Kaufkraft großer Teile unseres Volkes würde gehoben und damit auch die übrige industrielle und landwirtschaftliche Produktion angeregt, was sich wieder auf die Steuerkraft der Bevölkerung und damit auf die Finanzkraft von Reich, Ländern und Gemeinden vorteilhaft auswirken müßte. Ohne ein normal beschäftigtes Baugewerbe gibt es keine blühende Volkswirtschaft.

Der Siebente Deutsche Bauhüttenrat erwartet deshalb von Reich, Ländern und Gemeinden eine stärkere Belegung der Bauhütten als sie in dem Programm der Reichsregierung vorgegeben ist.

Er warnt gleichzeitig, dem Wohnungsbau weitere Mittel aus dem Hauszinssteueraufkommen zu entziehen.

Ebenso warnt der Bauhüttenrat vor der Beilegung der Wohnungsnot durch Zwangsmaßnahmen, bevor nicht die Wohnungsnot auch für die minderbemittelte Bevölkerung restlos beseitigt ist.

In weiteren, ebenfalls einstimmig angenommenen Entschlüssen werden die deutschen Gewerkschaften und befreundeten Wirtschaftsunternehmungen um tatkräftige Unterstützung der sozialen Baubetriebe bei der Beschaffung von Arbeit, insbesondere Übertragung ihrer Bauaufträge an die sozialen Baubetriebe eruchtet, und die Bauhütten, die mit der Einführung der wirtschaftlichen Betriebsführung nach den Grundzügen des Verbandes sozialer Baubetriebe noch nicht begonnen haben, verpflichtet, damit sofort zu beginnen, um durch Erreichung eines Höchstmaßes von Klarheit und Leistungsfähigkeit zur Verbilligung des Wohnungsbaues beizutragen.

Zum Schluß wird allen Baubetrieben dringend die Einführung der 40-Stunden-Woche empfohlen, um die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zu mildern.

Nachdem der 70jährige Fritz Baepfow in herzlichen Worten seiner Freude über den Erfolg der Bauhüttenbewegung Ausdruck gegeben hatte, betonte der Vorsitzende, Nikolaus Bernhgrd, in seinem Schlusswort die Notwendigkeit fester Verbundenheit aller die Gemeinwirtschaft vertretenden Organisationen. Gelänge es, alle in der Gemeinwirtschaft tätigen Köpfe mit echtem Gemeinschaftsgeist zu erfüllen, dann würde die gemeinwirtschaftliche Praxis keine Schwierigkeiten machen. Dem Danken der wirtschaftlichen Betriebsführung würden die Gewerkschaften nicht entgegenziehen, wenn der Mensch sein Recht bestelle und nicht zum Sklaven der Maschine oder zum Sklaven sich Ueberhebender werde. Die Menschen hätten die Pflicht, für Menschen zu sorgen, das sei Wirtschaft. Wäre hierzu die seelische Kraft im ganzen Volke vorhanden, dann wären wir heute erheblich weiter. Zur Erreichung dieser seelischen Bereitschaft müßten alle beitragen. Auch im Kampfe müsse alles Ungerechte demieden werden. Die Handlungsweise des ehrbaren Kaufmannes und solide ehrliche Handwerksarbeit werde wie bisher, auch in Zukunft die Bauhüttenbewegung weiter vorwärts bringen. Zum Schluß brachte Bernhgrd die erfreuliche Mitteilung, daß von der beschlossenen Kapitalserhöhung von zwei Millionen Mark für den VVB. bereits 1 1/2 Millionen Mark gezeichnet worden seien.

Die Ausstellung 1930 der Fotogemeinschaft

(Sektion der Ortsgruppe Berlin e. V. des Touristenvereins „Die Naturfreunde“) findet vom 15. bis 24. November 1930 in den vereinstzigen Räumen Berlin N 24, Johannistr. 15 (Laden), statt. Die Ausstellung ist werktags von 10—20 Uhr und Sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet.

Streiks und Lohnbewegungen.

Lederwaren.

Bezirk Ostpreußen-Schlesien. Am 4. November fanden im Reichsamt für Ministerium Verhandlungen über den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Breslau statt, nach welchem der alte Lohn bis zum 15. Januar 1931 verlängert wurde. Infolge der Ablehnung seitens der Fabrikanten hatten wir die Verbindlichkeit beantragt. Es wurde vereinbart, daß die alten Löhne bis zum 15. November 1930 in Kraft bleiben und in der ersten Dezemberwoche vor einem vereinbarten Paritätsschiedsgericht neue Verhandlungen stattfinden.

Bezirk Thüringen-Kassel. Am 21. Oktober 1930 fällt die Schlichtungskommission erster Instanz einen Schiedspruch, worauf vom 1. November 1930 bis zum 31. Januar 1931 der alte Lohnsatz weiter in Kraft bleiben soll. Diesen Schiedspruch lehnten die Fabrikanten ab, so daß am 6. November die zweite Instanz zusammentrat, um endgültig zu entscheiden. Dazu kam es aber nicht, da der Schlichter Dr. Hauschild berufs- und betriebswissenschaftliche Unterlagen haben wollte. So zum Beispiel der Lohnanteil am Produkt im Verhältnis zum Verkaufspreis und Unterlagen über den Anteil des Abzuges im In- und Ausland. Die Verhandlung wurde deshalb auf den 18. November 1930 verlegt.

Jahrgang- und Betriebsstättler.

Köln. Der Streit in der Waggonfabrik Van der Zypen in Köln dauert unverändert an. Beteiligt sind 36 Kollegen.

Frei Müntner 60 Jahre.

Am 6. November vollendete Kollege Frei Müntner, der Vorsitzende des Gelam-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Verlebens- und Warenverkehrs, sein 60. Lebensjahr. Gelehrter Sattler, trat Müntner bereits im Jahre 1890 dem damaligen „Allgemeinen Deutschen Sattlerverein“ bei. Jederzeit hat er seine rednerischen und technischen Fähigkeiten in den Dienst der aufstrebenden Organisation gestellt. Als im Jahre 1906 der Sattlerverband dazu überging, eine zweite Kraft in der Verbandszentrale fest anzustellen, fiel die Wahl auf den Kollegen Müntner. Im Jahre 1909 erfolgte auf dem Verbandstag zu Köln die Vereinigung der Sattler und der Portefeuller und wurde Müntner mit der Redaktion der „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“ betraut. Im Frühjahr 1911 trat er in den Dienst des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Im Jahre 1920 erfolgte seine Wahl zum ersten Vorsitzenden dieser Organisation, und heute steht er, nach der Verschmelzung derselben mit dem Gesamtverband, gemeinsam mit dem Genossen D. Schumann an der Spitze dieser großen Gewerkschaft. Außerdem ist Kollege Müntner internationaler Sekretär des Personals der öffentlichen Betriebe. Auch außerhalb seiner Gewerkschaftsarbeit hat er noch Zeit gefunden, sich zu betätigen, und wurde er wiederholt mit wichtigen Vertrauensposten betraut. Mehrere Jahre war er Stadtverordneter und später Stadtrat im Bezirk Friedrichshain.

Unsere Geburtstagswünsche gehen dahin, daß wir dem Kollegen Frei Müntner noch eine lange Reihe von Lebensjahren in voller geistiger und körperlicher Frische und mit dem alten, ihm innewohnenden unverwundlichen guten Humor wünschen.

Rundschau

Die Zukunft der Goldproduktion. Das Hauptgoldland der Welt ist Südafrika, in dessen Minen mehr als die Hälfte der gesamten Goldproduktion der Welt gewonnen wird. Von der gegenwärtigen Goldproduktion der Welt mit einem Wert von 405 Millionen Dollar entfallen 211,7 Millionen Dollar auf Südafrika. An zweiter Stelle, aber weit hinter Südafrika, stehen die Vereinigten Staaten mit einer Produktion im Werte von 42,8 Millionen Dollar, hart auf dem Fuße folgt dann Kanada mit einer Produktion von 40,3 Millionen Dollar, dann Australien, dessen Goldgewinnung einst sehr bedeutend war, aber heute mit einem Wert von 11,2 Millionen Dollar ebenso wie die Indiens mit einem Wert von 7,6 Millionen Dollar wenig erhellend ist. Für die Zukunft der Goldproduktion der Welt ist nun entscheidend, daß in sämtlichen Goldländern infolge zunehmender Erschöpfung der Fundstätten die Goldproduktion zurückgehen wird, so daß nach den vorliegenden amtlichen Schätzungen bereits im Jahre 1940 mit einem Rückgang der Gesamtproduktion an Gold von gegenwärtig 405 Millionen Dollar auf 314 Millionen Dollar gerechnet werden muß.

Verbandsjubilare in Groß-Berlin.

Auf eine 25 jährige Mitgliedschaft in unserer Organisation konnten im Jahre 1930 zurückblicken:

Name	Vorname	Beruf	Gehalt
Chyan	Johann	Tischner	8.1.05
Krüger	Emil	Tapezierer	18.1.05
Schraun	Willy	Sattler	21.1.05
Zimmermann	Richard	Tapezierer	23.1.05
Link	Wilhelm	Tapezierer	28.1.05
Schmelzer	Jakob	Treiber	1.2.05
Baensch	Richard	Tapezierer	3.2.05
Jaek	Wag	Tapezierer	4.2.05
Schlipf	Paul	Tapezierer	4.2.05
Mägler	Paul	Tapezierer	11.2.05
Meyer	Hermann	Treiber	11.2.05
Schmidt	Gustav	Treiber	13.2.05
Güttel	Wag	Tapezierer	13.2.05
Schall	August	Tapezierer	14.2.05
Schabel	Paul	Sattler	18.2.05
Grund	Fritz	Treiber	17.2.05
Wilde	Karl	Tapezierer	20.2.05
Hölzig	Fritz	Sattler	21.2.05
Kuste	Paul	Tapezierer	24.2.05
Krüger	Fritz	Sattler	25.2.05
Mühlbrecht	Ernst	Sattler	27.2.05
Gerschboth	Alfred	Tapezierer	28.2.05
Nikoll	Rudolf	Tapezierer	4.3.05
Winkler	Robert	Koffer	4.3.05
Fischer	Heinrich	Tapezierer	4.3.05
Schulz	Gustav	Tapezierer	4.3.05
Kalten Schnee	Emil	Tapezierer	9.3.05
Napirala	Georg	Dinol.	18.3.05
Brüderlin	Ernst	Treiber	21.3.05
Schubert	Johannes	Portef.	23.3.05
Kurzrod	Emil	Tapezierer	25.3.05
Wiese	Reinhold	Tapezierer	26.3.05
Holthausen	Clemens	Sattler	1.4.05
Eiermann	Heinrich	Sattler	1.4.05
Kiemer	Paul	Sattler	3.4.05
Bogel	Arno	Sattler	10.4.05
Braag	Friedrich	Sattler	14.4.05
Stern	Josef	Tischner	15.4.05
Benndorf	Karl	Treiber	29.4.05
Wilderemuth	Hermann	Sattler	1.5.05
Dunst	Franz	Auto	1.5.05
Zeiske	Paul	Sattler	6.5.05
Thomas	Gustav	Tischner	15.5.05
Brendel	Gustav	Lapez.	15.5.05
Strunk	Ludwig	Portef.	19.5.05
Busse	Hans	Tapez.	23.6.05
Tied	Ernst	Sattler	24.6.05
Beek	Gustav	Tischner	1.7.05
Endrig	August	Dinol.	1.7.05
Kedewig	Walter	Tapez.	4.7.05
Klingberg	Rudolf	Tapez.	5.7.05
Nid	August	Treiber	8.7.05
Gerlach	Gertrud	Stepperin	10.7.05
Slegmüller	Wilhelm	Sattler	12.7.05
Biermann	Arthur	Portef.	20.7.05
Weiß	Hugo	Portef.	22.7.05
Krischel	Georg	Sattler	31.7.05
Boger	Wilhelm	Tapez.	3.8.05
Kienast	William	Portef.	9.8.05
Westphal	Karl	Koffer	13.8.05
Dietrichkeit	Wilhelm	Tapez.	14.8.05
Stöckel	Paul	Tapez.	19.8.05
Führing	Friedrich	Treiber	29.8.05
Stolz	Franz	Portef.	28.8.05
Romatski	Gustav	Autosattler	28.8.05
Grüßmacher	Franz	Sattler	28.8.05
Rinneberg	Franz	Portef.	28.8.05
Hülsmann	Otto	Tapez.	4.9.05
Schmidt	Marianne	Portef.	9.9.05
Spiegel	Hermann	Treiber	18.9.05
Siebert	Fritz	Treiber	1.10.05
Hinge	Paul	Tischner	2.10.05
Haage	Hermann	Sattler	4.10.05
Rehler	Karl	Tapez.	9.10.05
Weber	Ernst	Sattler	14.10.05
Leutighelm	Julius	Portef.	28.10.05
Jasmund	Fritz	Auto	28.10.05
Gaslowski	Fritz	Tapez.	8.11.05
Gleminski	Julius	Tapez.	11.11.05
Arzt	Wilhelm	Tapez.	15.11.05
Borenz	Bruno	Treiber	15.11.05
Ellenihal	Richard	Auto	18.11.05
Kobid	Albert	Treiber	8.12.05
Merkan	Otto	Tapez.	10.12.05
Lichter	Walter	Koffer	30.12.05
Nachtrag.			
Heidrich	Bruno	Tapez.	11.1.00
Lange	Fritz	Tapez.	27.6.04

Bücherchau

„Der Buchertreis“, Jahrgang 1930, Seite 4. **Nationalsozialismus.** Reich (Illustriert 80 S.). **Vertriebsstellen.** Reibiger von Karl Schaefer, Verlag Der Buchertreis G. m. b. H., Berlin SW 61, Preis 60 Pf.

Der Buchertreis gibt den einzelnen Lesern seiner gleichnamigen literarischen Zeitschrift dadurch eine gewisse Verbindlichkeit, daß er jeweils ein bestimmtes Thema darin zur Debatte stellt. Diesmal ist es der Nationalsozialismus, also ein wirklich aktuelles Thema. In politischen Auffassungen in der Form feingelichteter Satire, in Vers und Prosa erfolgt hier eine überaus lebhaft kritische Auseinandersetzung.

Aus dem Inhalt: Hilarius Berg, **Rechtsrevolutionärer Geist** seine Unterordnung über die Geisteshaltung von Ernst Jünger, Franz Schaeffner u. a. Gurland, **Die verlorenen Jahre** seine soziologische Begründung der nationalsozialistischen Anhängerschaft; Erich Sauer, **Im Dienste der Freiheit** (ein autobiographischer Roman); F. H. G. **Ein Lebensjahr mit Hitler**; Schaefer, **Wiederholter Notstand** nach seine Erfahrungen; A. Dreher, **Das Werden des großen Mann** (Hilfsmittel).

Der Preis des 80 Seiten starken, reich illustrierten Heftes beträgt nur 60 Pf. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag „Der Buchertreis G. m. b. H.“, Berlin SW 61.

Der Volksbetrug der Nationalsozialisten. Reichstagsrede des Abgeordneten Dr. H. Hoegner, Verlag J. D. W. Dieckhoff, Berlin SW 68, Preis 20 Pf.

Mit der Hoegnerischen Rede eröffnet der Verlag J. D. W. Dieckhoff eine Schriftenreihe, die der politischen Schulung der Arbeiter gewidmet ist. Die auf ausgelassene Volksaufklärungsarbeiten ist zu dem geringen Preis von 20 Pf. zu beziehen.

Kann ein Sozialist religiös sein? Von Hans Weisse. — Die Broschüre ist herausgegeben vom „Bund sozialistischer Arbeiter“, soll Wissen und Klarheit über die Entstehung und über die gesellschaftliche Funktion der Religion verbreiten. Sie kostet 20 Pf. und ist gegen vorherige Einsendung dieses Betrages von der Abteilung Buchvertrieb des Bundes sozialistischer Arbeiter, Leipzig C 1, Seiner Str. 22 (Wolkenshaus) zu beziehen.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 10. November bis zum 16. November ist der 46. Wochenbeitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Auf eine ununterbrochene 25jährige Mitgliedschaft können zurückblicken:

Magdeburg: Jordan, Ernst.
Meißen: Pfeiffer, Paul, Sattler, Kollege Pfeiffer ist als langjähriger und gewissenhafter Funktionär bekannt und auch jetzt noch rühmlich tätig.

Versammlungsterminer

Neustadt-Glewe. Dienstag, den 18. November, nachmittags 4 Uhr, Mitgliederversammlung bei Gastwirt Mienischläger; Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Die Ortsverwaltung.

Adressenänderungen

Bernburg. Raff: Paul Tschape, Blumenstr. 11.
Erlangen. Dorf: Friedrich Gansmann, Schützenlostr. 10.

Finsterswalde. Raff: Otto Sebastian, Carlstraße 3.

Glauchau I. Sa. Dorf: Otto Friedemann, Kaiserstraße 1; Raff: Georg Bogel, Dultenstr. 7.

Kreuznach, Rhld. Dorf: Jakob Ries, Räderbeimer Str. 86 II; Raff: Rudolf Wolf, Zimmergasse 28 II.

Koslow I. Mecklg. Dorf: Arthur Anders, Pörsdamm 11a.

Schwierin I. Mecklg. Dorf: Fritz Boldt, Obertrenting 95 III; Raff: W. Hiepe, Obertrenting 58 III r.

Weißenfels. Raff: Fritz Schulze, Sangerndorfer Str. 29 I.

Sterbetafel

Berlin. Am 30. Oktober starb unser Mitglied der Treibriemensattler Kollege Otto Fröhlich, im Alter von 69 Jahren. Er war 24 Jahre Mitglied unseres Verbandes.

Magdeburg. Am 22. Oktober starb unser Mitglied, der Sattler Kollege Karl Bekkerhorn, im Alter von 67 Jahren. — Am 29. Oktober starb der Sattler, Kollege Hermann Klupic, im Alter von 51 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!